

Beschlüsse und Überweisungen

des 33. Landesparteitages
der Sächsischen Union
am 1. Dezember 2018 in Leipzig



**DAS ist
Sachsen.**

Beschlüsse

Beschluss (A5)

Betreff:

Sachsen fordert ein Weltraumbergbaugesetz

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union wird sich auf der Bundesebene dafür einsetzen, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Weltraumgesetz schnellstmöglich umzusetzen und darüber hinaus die notwendigen gesetzlichen Regelungen zu erlassen, die Rechtssicherheit für den Abbau von extraterrestrischen Ressourcen (Weltraumbergbau) zu garantieren.

Beschluss (A7)

Betreff:

Gemeinnützigkeit von Freifunk Vereinen

Der Landesparteitag beschließt:

Die CDU Landtagsfraktion wird gebeten, bei der Staatsregierung darauf hinzuwirken, Möglichkeiten der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk Vereinen zu prüfen. Dazu soll die Liste der Vereine, denen Gemeinnützigkeit nach §52 AO gewährt wird, ergänzt werden.

Beschluss (A9)

Betreff:

Elektronisches Postfach für den Rechtsverkehr

Der Landesparteitag beschließt:

Die CDU Landtagsfraktion wird gebeten bei der Staatsregierung darauf hinzuwirken, durch entsprechende aufsichtsrechtliche Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die im Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung vorhandenen öffentlichen Einrichtungen ein Postfach für den elektronischen Rechtsverkehr bereithalten.

Darüber hinaus erwarten wir die Schaffung eines Behördenpostfachs (beBPo) bei jeder Behörde.

Beschluss (A11)

Betreff:

Sachsen als mittelstandsfreundlichstes Bundesland

Der Landesparteitag beschließt:

Ziel der Sächsischen Union ist es, dass Sachsen das mittelstandsfreundlichste Bundesland ist. Im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 sind die Wege zur Erreichung dieses Ziels mit aufzunehmen.

Beschluss (A12)

Betreff:

Sicherung von Schlüsseltechnologien in Sachsen durch eine Weiterentwicklung des Beihilfesystems

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union fordert die stringente Weiterentwicklung des europäischen Strategic Forum for Important Projects of Common European Interest (IPCEI) für weitere Schlüsseltechnologien, wie beispielsweise die Batteriezellenforschung. Darüber hinaus müssen die bestehenden Prozesse transparenter und unbürokratischer gestaltet werden.

Beschluss (A15)

Betreff:

Terminplanung politischer Aktivitäten des Landesvorstandes der CDU Sachsen

Der Landesparteitag beschließt:

Vor dem Hintergrund der christlichen Traditionen sollen Veranstaltungen des Landesvorstandes der Sächsischen Union zukünftig nicht an kirchlichen Feier- und Gedenktagen sowie an Adventswochenenden stattfinden.

Beschluss (I1)

Betreff:

Lehrerausbildung in Ostsachsen

Der Landesparteitag beschließt:

Damit die ländlichen Regionen für junge Menschen und Familien attraktiv sind, müssen sie aktiv gestaltet werden. Die Sächsische Union tritt für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land ein und bekennt sich zu Bildungsstandorten in den ländlichen Regionen.

Der Freistaat Sachsen kann durch die gezielte Errichtung und Verlegung staatlicher Einrichtungen die Entwicklung von Regionen steuern. Um dem Lehrermangel zu begegnen, fordern wir die Errichtung von Lehramtsausbildungsstätten für die zweite Stufe der Lehramtsausbildung in Südwestsachsen und der Lausitz.

Beschluss (I2)

Betreff:

UN-Migrationspakt (Globaler Pakt für eine sichere geordnete und reguläre Migration)

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union fordert, das Thema UN-Migrationspakt auf dem 31. Parteitag der CDU Deutschlands zu debattieren. Die Sächsische Union begrüßt den vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Entschließungsantrag und die darin enthaltene Klarstellung, dass in der Bundesrepublik Deutschland nur der Deutsche Bundestag rechtsändernde oder rechtssetzende Entscheidungen zur Migration trifft und der UN-Migrationspakt keine einklagbaren Rechte und Pflichten begründet sowie keinerlei rechtsändernde oder rechtssetzende Wirkung entfaltet. Die Sächsische Union fordert, dass künftig über derart wichtige Themen frühzeitig und umfassend informiert und debattiert wird.

Allem voran das anstehende Thema des UN-Flüchtlingspakts, welcher im kommenden Jahr beschlossen werden soll, muss frühzeitig innerhalb der CDU diskutiert und transparent kommuniziert werden.

Ausgehend von der zentralen Bedeutung des Themas Migration fordern wir zügig die Einführung eines Zuwanderungsgesetzes und fortgesetzte Anstrengungen, die Fluchtursachen einzudämmen, Rücknahmevereinbarungen mit Herkunftsstaaten zu schließen und illegale Migration zu bekämpfen. Bei allen getroffenen Entscheidungen sind stets die Interessen der deutschen Bevölkerung zu wahren und die Pflichten der Migranten gegenüber dem deutschen Rechtsstaat und unserer Gesellschaft einzufordern.

Überweisungen

Überweisung (A2)

Betreff:

Konfessioneller Religionsunterricht an sächsischen Schulen – ein unverzichtbarer Bestandteil

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU-Landtagsfraktion möge sich damit befassen,

1. eine konsequente Einstellung aller Absolventen mit den Fächern Evangelische und Katholische Religion und Ethik dauerhaft zu ermöglichen,
2. Formen einer stärkeren Einbringungsmöglichkeit von Religions- und Ethiklehrern an den Schulen Vorort zu schaffen (Fachleiterstellen z.B. am Gymnasium),
3. Religionsunterricht zweistündig in allen Schulformen und -arten anzubieten,
4. eine hohe Zahl von Studienplätzen für das Lehramt Theologie (RU) und Philosophie (Ethik) anzubieten,
5. eine Perspektivplanung für die mittel- und langfristige Zusammenarbeit von Kirche und Freistaat zu initiieren,
6. eine verwaltungsrechtliche Regelung zu treffen, die das „Ausdünnen“ des Unterrichts durch schulorganisatorische Maßnahmen verhindert,
7. die Qualität der Lehramtsstudiengänge für Religion zu sichern, auch wenn die Modularisierung des Faches eine starke Selektion der Inhalte zulässt.

Überweisung (A3)

Betreff:

Die Pflege im ländlichen Raum stärken und generationengerecht gestalten

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die CDU-Landtagsfraktion möge sich damit befassen,

1. die Ausbildung der Pflegefachkräfte im ländlichen Raum zu stärken. Nur so können junge und gut ausgebildete Menschen im ländlichen Raum gebunden werden, nur so wird der ländliche Raum für die Nachwuchskräfte als lebenswerter Raum erschlossen,
2. Sperrfristen für Pflegeschulen der freien Träger im ländlichen Raum abzuschaffen, da sie kontraproduktiv sind für die Gewinnung von Fachkräften im ländlichen Raum,
3. auf eine gleich gute Bezahlung der Pflegekräfte in der ambulanten wie in der stationären Pflege hinzuwirken,
4. auf eine angemessene mediale Darstellung der Pflege hinzuwirken. Das Bild der Pflege in der Öffentlichkeit ist ein Bild von kriminellen Einzelfällen und von überlasteten und schlecht bezahlten Mitarbeitern. Die großartige Arbeit, die Tag für Tag in der Pflege geleistet wird, kommt hingegen kaum vor.

5. auf ein partnerschaftliches Miteinander von Krankenkassen und Pflege hinzuwirken,
6. im ländlichen Raum die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen auch durch leistungsfähige und überlebensfähige Plankrankenhäuser sicherzustellen,
7. auf eine Investitionsfinanzierung der sächsischen Plankrankenhäuser nach Auslaufen des Art. 14-Programms durch verlässliche und ausreichende Mittelzuweisung sicherzustellen.
8. bei den Krankenkassen darauf hinzuwirken, sich an der Finanzierung der Krankenhauseelsorge zu beteiligen,
9. Maßnahmen zur Entbürokratisierung der Pflege anzustoßen.

Überweisung (A4)

Betreff:

Politik braucht mehr Frauen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den CDU-Landesvorstand:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, sowohl den Anteil der weiblichen Mitglieder in der Sächsischen Union als auch den Anteil von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten zu erhöhen.

Ziel muss es sein, dass sich in Mitgliedschaft, in Ämtern und Mandaten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegelt. Ein unterdurchschnittlicher Anteil erweist sich in der diversifizierten Gesellschaft zunehmend als Nachteil für die Mitgliedergewinnung und schadet somit unmittelbar der Sächsischen Union bei der Erzielung guter Wahlergebnisse.

Wollen wir als Sächsische Union auch in Zukunft attraktiv bleiben, ist ein politischer Kulturwandel bei der Gewinnung von Frauen und bei den Nominierungen dringend erforderlich. Hierzu ist der bisher unterdurchschnittliche Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft der Sächsischen Union deutlich zu steigern und die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Ämtern und Mandaten anzustreben.

Es ist das Ziel, mittels Mentoring und anderer geeigneter Maßnahmen mehr Frauen für den Einstieg in die Politik zu gewinnen und ihnen diesen Einstieg auch zu erleichtern.

Der Landesvorstand wird beauftragt, bis zum kommenden regulären Landesparteitag ein Lösungskonzept zu entwickeln.

Eine wesentliche Rolle in diesem Lösungskonzept sollte die verstärkte Nutzung von modernen Kommunikationsformen (Videokonferenzen u.a.) zur Erhöhung der Familienfreundlichkeit der Parteiarbeit spielen.

Überweisung (A8)

Betreff:

Rechtspolitisches Papier 2018

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Demokratie und Rechtsstaat

Der demokratische Rechtsstaat garantiert allen Bürgern im Freistaat Sachsen unveräußerliche Rechte und eine freie Entwicklung. Ziel der Rechtsordnung bleibt es einen Rahmen für das Handeln der Bürger zu schaffen und mit Verlässlichkeit für den Rechtsfrieden zu sorgen.

Nur ein starker Staat kann eine Ordnung, die Freiheit und persönliche Sicherheit gibt, schützen und aufrechterhalten. Deshalb sind Freiheit des Bürgers und Autorität des Staates keine Gegensätze, sie bedingen einander. Die Wahrung des inneren Friedens ist kein Selbstzweck, sondern Grundlage menschlichen Zusammenlebens in jeder Gemeinschaft und unabdingbare Voraussetzung für Freiheit und Entfaltung der Bürger. Nur der Staat, der sich gegen die Bedrohung des inneren Friedens entschlossen zur Wehr setzt und Straftäter konsequent zur Verantwortung zieht, wird vom Vertrauen, seiner Bürger getragen.

Wir bekennen uns zum staatlichen Gewaltmonopol. Es gehört zwingend zu den Grundlagen eines demokratischen Rechtsstaates. Das Gewaltmonopol des Staates bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern schützt gerade die Schwächeren in der Gesellschaft und ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit der Bürger. Dabei muss der Staat die geltenden Gesetze konsequent durchsetzen.

Das Grundgesetz (Art. 19 Abs. 4 GG) und die Sächsische Verfassung (Art. 38 SächsVerf) garantieren den Bürgern den Zugang zum Recht. Sie haben ein Recht darauf, sich an die Gerichte zu wenden. Diese Anliegen sind zeitnah zu entscheiden.

Wir fordern eine klare Einhaltung verfassungsmäßiger Rechte als Grundlage der Demokratie. Demonstrations- und Meinungsfreiheit sind Grundrechte, die wir 1989 in der Friedlichen Revolution für den Freistaat Sachsen erstritten haben. Freie Meinungsäußerung muss allen Bürgern gewährt werden. Dabei hat sich jeder an die Regeln der Sächsischen Verfassung und an das Grundgesetz zu halten. Gewalt und Hass sind keine durch die Verfassung zu tolerierenden Meinungsäußerungen.

2. Gerichtsbarkeit

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre ist die heutige Altersstruktur der Staatsanwaltschaften und Richterschaft. In fast allen Gerichtszweigen ist die Mehrheit der Richter über 50 Jahre alt. Die Altersstruktur der Mitarbeiter der Justiz fordert geradezu ein Personalentwicklungskonzept heraus. Das Gewinnen von qualifiziertem Personal muss frühzeitig und vorausschauend begonnen werden.

Eine solide Ausstattung mit IT und eine solide Personalausstattung der Sächsischen Justiz ist notwendig. Im Staatshaushalt müssen dafür die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir brauchen eine Erhöhung der Richterstellen und eine Stärkung

der Geschäftsstellen. Gleichzeitig muss die Leistungsfähigkeit der Staatsanwaltschaften erhöht werden.

In den Verfahren vor Landgerichten und Oberlandesgerichten ist die Hauptverhandlung technisch zu dokumentieren. Es ist zu prüfen, wie Vernehmungen einschließlich der sogenannten „Vorgespräche“ von Beschuldigten und Zeugen audiotekhnisch dokumentiert werden können. Es ist gesetzlich zu regeln, dass in Fällen vom Verteidiger beantragter Akteneinsicht ihm diese zu gewähren und eine Möglichkeit zur Stellungnahme einzuräumen ist. Erst danach kann Anklage erhoben werden.

Der demokratische Rechtsstaat darf eine Paralleljustiz, die versucht, staatliche Gesetze und Gerichte zu verdrängen, nicht dulden. Der staatliche Strafanspruch darf weder durch islamische Friedensrichter, kriminelle Familienclans, Rockergangs oder sonstige Gruppierungen in Frage gestellt werden.

Das Führen von Mehrfachidentitäten bzw. die Angabe der falschen Identität, insbesondere bei Asylbewerbern zur Klärung verwaltungsrechtlicher Fragen, erschwert die Arbeit unserer Behörden und Gerichte. Aus Sicherheitsgründen müssen wir die genaue Identität wissen. Falschangaben hierzu wollen wir umfassend und strenger unter Strafe stellen.

Zur Stärkung der Opfer- und Zeugenrechte im Straf- und Zivilverfahren, soll das Aufsuchen von Zeugen durch Beschuldigte ohne deren Willen, mit dem Ziel der Beeinflussung ihrer Aussage, verhindert werden.

Wir stehen für eine bürgernahe und effiziente Justiz, die schnell und effektiv Recht spricht. Wir wollen außergerichtliche alternative Konfliktlösungsmöglichkeiten bei privaten Rechtsstreitigkeiten, wie Mediation und Schiedsverfahren, fördern, und so die Justiz von Bagatellverfahren entlasten. Unabdingbar dabei ist, dass unsere Rechtsordnung dabei den materiell-rechtlichen Rahmen setzt.

Möglichkeiten der Haftvermeidung sind stärker zu prüfen.

3. Recht und Freiheit

Der Rechtsstaat bringt Rechtssicherheit. Die Verlässlichkeit der Einhaltung von Regeln ist eine Voraussetzung dafür, dass Individuen und Firmen planen und wirtschaften können. Der Verzicht auf Rechtssicherheit und die Einschränkungen der Garantie, Rechtsschutz in Anspruch nehmen zu können, entwertet Planungsentscheidungen oder macht sie gar unmöglich. Nicht umsonst ist Deutschland ein wirtschaftlich herausragendes Land. Der Rechtsstaat, also funktionierende Justiz und zuverlässige Verwaltung, garantieren fairen Wettbewerb für Handwerk und mittelständische Unternehmen.

4. Datensicherheit und moderner Staat

Für den LACDJ ist die Rechts- und Netzpolitik Teil einer modernen Gesellschaftspolitik. Der LACDJ fordert einen wirksamen Schutz und eine durchgreifende Achtung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Das informationelle Selbstbestimmungsrecht verleiht dem Einzelnen die Befugnis,

grundsätzlich selbst zu bestimmen, wann und in welchem Umfange er persönliche Lebenssachverhalte preisgeben möchte. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist Bestandteil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, das durch Art. 2 i.V.m. Artikel 1 des Grundgesetzes geschützt wird. Es genießt daher Verfassungsrang und ist wesentlicher Bestandteil der Menschenwürde und der allgemeinen Handlungsfreiheit.

Die Datenschutzgrundverordnung ist anzupassen. Der LACDJ Sachsen erwartet Regelungen, die nicht die Arbeit der kleinen und mittleren Unternehmen und Vereine, sowie Kommunen erschweren. Wir brauchen einen Datenschutz, der sich an der Lebensrealität orientiert.

Überweisung (A10)

Betreff:

Steuerreform für die digitale Welt

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass eine Kommission „Steuerreform für das 21. Jahrhundert“ gegründet wird, die eine umfassende Steuerreform für das digitale Zeitalter erarbeitet unter besonderer Berücksichtigung der von Professor Feige entwickelten Idee der „Automatisierten Zahlungsverkehrssteuer“.

Überweisung (A13)

Betreff:

Entscheidungskompetenz über Baugenehmigungen von Eigenheimen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Sächsische Union fordert, dass die Entscheidungskompetenz über Baugenehmigungen von Eigenheimen im ländlichen Raum im innerörtlichen Bereich auf die Gemeindeebene übertragen wird.

Überweisung (A14)

Betreff:

Ausbau Windenergie

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

und an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Land-Union Sachsen fordert den CDU-Landesverband auf, sich für bundeseinheitlich geltende und gesetzlich verbindliche Parameter bei der Errichtung von Windkraftanlagen einzusetzen. Insbesondere gilt das für die Abstandsregelungen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung mit dem Ziel, eine 10 x H-Abstandsregel zum Schutz der Bevölkerung nicht zu unterschreiten.